

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 1 / 46. Jg.

6. Jan. 1933

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,  
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

**Abonnement** Die „Graphische Presse“ erscheint wöchentlich Freilags. Abonnementspreis mit „Graphischer Technik“ 0,50 RM. ausschl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für Länder des Weltpostvereins 1.—RM.

**Redaktion:**

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Redaktionsschluss: Montag, Fernruf: B 2, Lützow 5583.  
\*erlag: Johannes Haß, Berlin W 9. — Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion** Für die viergespaltene Nonparellezelle oder deren Raum 0,50 RM., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 RM. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsort: Scheuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Für den Inseratenteil verantwortlich: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

## Sozialismus ist Gegenwartsaufgabe!

Wer Gelegenheit hatte, am Weihnachtstage die wichtigsten Zeitungen des deutschen Blätterwaldes durchzusehen, mußte die Feststellung machen, daß alle, ohne Ausnahme, die Last der Weltwirtschaftskrise anerkennen mußten und Vorschläge zu ihrer Behebung oder wenigstens zu ihrer Milderung machten. Diese Vorschläge gingen je nach der Parteistellung oder Parteineigung vom Traktätschen bis zur revolutionären Umgestaltung der Wirtschaftsordnung. Aber das war nicht das Überraschende, sondern überraschend war, daß alle Vorschläge zur Behebung der nicht mehr zu ertragenden Wirtschaftsnot ausgesprochen oder unausgesprochen von der Ansicht ausgingen, daß der Kapitalismus nicht mehr in der Lage sei, mit Hilfe seines Automatismus die Wirtschaftskrise zu überwinden, sondern daß von außen her durch Arbeitsbeschaffung die Wirtschaft angekerbelt werden müsse, solle ein Chaos vermieden werden. Vergleicht man dazu die Stellungnahme der Presse zu den Forderungen des Frankfurter Gewerkschaftskongresses 1931 auf Arbeitsbeschaffung, dann erkennt man daran, in welcher revolutionärer Epoche wir leben, die in kurzer Zeit anscheinend uner-schütterliche Werte einfach umwertet.

Diese Erkenntnis zu erlangen, bot das vergangene Jahr noch mancherlei Anlaß. Die parteipolitische Umgruppierung der Wählermassen und das Aufsteigen der Nazis zu ungeahnter Höhe als sichtbarer Ausdruck einer wirtschaftlichen Entwertung großer, noch nicht zur Einsicht ihrer Klassenlage gekommener Volkskreise bei den verschiedenen Wahlen war sichtbarer Ausdruck des riesigen Umformungsprozesses, der sich in unserer Zeit vollzieht. Die gleichen Feststellungen ergab die Präsidentenwahl in Amerika. Wurden als Ergebnis dieser Wahl auch nur die Republikaner durch die Demokraten abgelöst, ist sich die politische Öffentlichkeit Amerikas doch einig darüber, daß die sozialistische Idee wie nie zuvor das Ohr der Bevölkerung gefunden hat und daß bei einer kommenden Wahl der sozialistische Präsidentschaftskandidat eine politische Größe erster Ordnung ist. Dieses Bild runden die Regierungskrisen in allen anderen Ländern ab, ebenfalls geboren aus der Unfähigkeit des Kapitalismus, den glatten Ablauf der Verwaltung zu sichern. Nimmt man dazu noch die fast erfolglosen Bemühungen, auf internationalen politischen Konferenzen einen Teil der Funktionshemmungen kapitalistischer Gesellschaftsordnung zu beheben, hat man einen weiteren Einblick in die revolutionären Kräfte, die im vergangenen Jahre im politischen Geschehen wirksam waren.

Aber das aufschlußreichste Beobachtungsfeld bot die Wirtschaft. Die Not der Massen stieg durch die Schrumpfung der Produktion und die dadurch riesig gesteigerte Arbeitslosigkeit ins Unermeßliche. Millionen hungerten und hungern noch bei vollen Scheunen; der Segen des Himmels und der Erde wird den Völkern zum Fluch! Anstatt dem kapitalistischen Prinzip zu folgen, die Kaufkraft der breiten Massen zu fördern und so zum Verzehr der turmhoch in allen Lägern aufgestapelten Verbrauchsgüter anzuzeigen, um die Produktion schneller in Bewegung zu setzen, ist Lohnabbau um Lohnabbau mit allen nur erdenklichen Mitteln erzwungen worden, der breitesten Bevölkerungsschichten nur noch ein Existieren am Rande des Lebens ermöglicht. Noch schlimmer erging es den Unterstützungsberechtigten und den Sozialrentnern. Wurden doch die an sich schon vollständig unzureichenden Unterstützungsgelder ebenfalls um einen ansehnlichen Betrag noch gekürzt. Die Senkung der Lebenshaltung der breiten Massen ist so weit getrieben worden, daß selbst der jetzige Reichskanzler, General von Schleicher, sagen mußte, daß eine weitere allgemeine Lohnsenkung weder sozial erträglich noch wirtschaftlich zweckmäßig sei. Trotz dieser enormen Lohnsenkungen vermochten die kapitalistischen Wirtschaftsführer, obwohl ihnen die von allen guten Geistern verlassene Regierung Papen noch Geschenke und Subventionen in Hülle und Fülle in den Schoß warf, weiter nichts damit anzufangen als fortzuwursteln, auf das Funktionieren des kapitalistischen Automatismus zu warten und so aller Welt klar zu machen, daß der Kapitalismus am Ende seiner Tage ist. Sozialismus ist Gegenwartsaufgabe!

Natürlich hat auch unser Unternehmertum die wirtschaftliche Vertrottung, daß nur Lohnabbau das Gesetz der Krise sei, von Anfang an mitgemacht. Es war nichts zu dumm, es fand dort sein Publikum. Selbstverständlich sind die Versprechungen unserer Unternehmer, mit Hilfe gesenkten Lohnes mehr Aufträge hereinzubringen, Seifenblasen gewesen. Als solche sind sie ja von der Kollegschaft a tempo auch erkannt worden. Jetzt will

man sich damit herausreden, daß man nur mit Hilfe des gesenkten Lohnes noch die Aufträge erhalten konnte, die zu verzeichnen waren. Und trotz dieses offenbaren Lohnabbauansinns wurde von den Unternehmern das selten schöne Schauspiel des freilich erfolglos gebliebenen Wettrennens um die Lohnabbauparagraphen der Papen-Notverordnung vom September in Szene gesetzt, und als Schlußpunkt gab's die Dezember-Lohnverhandlungsfahrt ins Blaue mit Schlichterbeilage als unumstößlichen Beweis unternehmerlicher Abneigung gegen politische Löhne.

Da das Fundament allen gesellschaftlichen Lebens die Wirtschaft ist, müssen alle wirtschaftlichen Institutionen in erster Linie die Auswirkungen tragen, die sich aus einem Strukturwandel der Wirtschaft ergeben. Die Gewerkschaften als die Wirtschaftsorganisationen der Arbeiterklasse waren daher im Krisenjahre 1932 besonders schwer bedroht. Wurde ihnen doch ihre Sonderaufgabe, die Lage der Arbeiterschaft im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu verbessern, zu lösen, unmöglich gemacht. Die Härte der Wirtschaftskrise mit ihrer bisher noch nicht dagewesenen Arbeitslosigkeit und der Einsatz der Staatsgewalt gegen sie, zwang sogar die Gewerkschaften, in die Defensive zu gehen und durch Hinnahme von Lohnabzügen größere Niederlagen zu vermeiden. Dazu noch das arbeiterschädigende Treiben der Kozis und ihrer Busenfreunde, der Nazis. Was von diesem, ach doch so gleichen Brüderpaar an Lügen und Verleumdungen über die Gewerkschaften ergossen worden ist, hätte jeder weniger lebensstrotzenden Bewegung den Garaus gemacht. Die Gewerkschaften gehen trotz dieser Kelferei ihren Weg des ehrlichen Strebens, der Arbeiterschaft ihre Lebenslage zu verbessern. Ihr ununterbrochenes Mahnen, durch Arbeitsbeschaffung die Lage der Arbeitslosen zu bessern, beginnt Früchte zu tragen und ihr entscheidender Kampf gegen die Unterhöhung des Arbeitsrechts durch die Papen-Notverordnung war von Erfolg gekrönt. Die Gewerkschaften wissen, daß mit der Arbeitsbeschaffung die riesige Wirtschaftsnot nicht beseitigt, mit ihrem Sieg über Papen die Kämpfe nicht endend sind. Sie wissen, daß der Kampf um den Anteil am Sozialprodukt auch im kommenden Jahre weiter geht und sie wissen auch, daß dieser Kampf erst mit der Errichtung der Gemeinwirtschaft aufhören wird. Sie haben aus der Unfähigkeit und dem totalen Versagen der kapitalistischen Wirtschaft die Schlußfolgerungen gezogen, die den Sozialismus als Gegenwartsaufgabe erweisen. Die programmatischen Forderungen der Gewerkschaften zum Umbau der Wirtschaft weisen den Weg und stecken das Kampfgebiet zukünftigen Ringens ab. Für den Einsichtigen kann kein Zweifel sein, daß die Gewerkschaften auch hier von der Entwicklung die Bestätigung richtigen Handelns erhalten werden. Der Sozialismus ist Gegenwartsaufgabe!

Als Glied der Gewerkschaften hatte unser Verband natürlich die gleichen Lasten zu tragen. Der zu führende Kampf um die Lohn- und Arbeitsbedingungen ist den Kollegen noch in bester Erinnerung. Nur die Geschlossenheit der Kollegschaft und die Disziplin der Arbeitslosen im Verein mit einer zielbewußten Verbandsführung haben vermocht, uns mit Erfolg zu schlagen. Finanzziele hat der Verband schwere Opfer tragen und tief in die Rechte der Mitglieder eingreifen müssen. Aber der Verband ist stabil geblieben! Beiträge und Unterstützungen bleiben wie bisher, der Wille der Kollegen zum Kampf für ausreichende Existenz ist um kein Jota gelockert, und Solidarität und Opferfreudigkeit gelten noch wie ehedem. Auch unsere Organisation weiß, daß der Kampf um Leben und Brot nicht früher zu Ende geht, bis die gültige egoistische Wirtschaftsordnung mit ihrem Überbau kapitalistischer Klassenpolitik umgeformt und menschenwürdige Lebensmöglichkeiten geschaffen worden sind.

Um dieses Ziel ging der Kampf der Gewerkschaften bisher, das gleiche Ziel leitete auch alle Handlungen der Organisation. Vor dem großen Versagen des Kapitalismus noch Ferziel, ist der Sozialismus jetzt zur Gegenwartsaufgabe herangereift. Damit ist unserer Generation und ihren Kampforganisationen eine Aufgabe zu lösen zugewachsen, die höchste Anforderungen an jeden stellt. Davon überzeugt, daß die Kollegschaft auch im kommenden Kampfsjahr in alter Treue zu ihrer Organisation steht, Solidarität, Opferfreudigkeit und Disziplin übt und im Kampfe um Menschenfreiheit und Menschenglück nicht locker läßt, danken wir allen Kollegen und Freunden für ihre Mitarbeit im vergangenen Jahr und entbieten ihnen herzlichste Neujahrsgrüße.

Verbandsvorstand und Schriftleitung.

### Nichts gelernt und alles vergessen

Das Elend in Deutschland ist noch nicht groß genug und der Hunger peitscht noch nicht schief genug die deutsche Arbeiterklasse. Die Unternehmer machen die größten Anstrengungen, um beides zu vergrößern. Das hat auch seinen politischen Sinn. Denn Armut der Masse bedeutet Unfreiheit und bedeutet zugleich Festigung der Herrschaft der besitzenden Klasse.

Wo alles haßt, können selbstverständlich auch unsere Unternehmer nicht lieben. So sind sie wieder einmal eifrig am Werk, die Löhne im Lithographie- und Steindruckgewerbe noch weiter herabzudrücken. Hört man ihre Argumente dazu, so sind es alte Kalauer. Ich weiß, es ist nicht richtig, angesichts einer so verflucht ernstesten Sache von Kalauern zu sprechen, aber wer soll denn das noch alles ernst nehmen, was uns da immer und immer wieder vorgetragen wird.

Es ist noch keine Verhandlung über den Lohnabbau gegangen, ohne daß uns nicht in breiter Form auseinandergesetzt wurde, daß dann Auslandsaufträge hereingebracht werden könnten und somit die Beschäftigung eine größere würde. Wenn wir es ihnen auch an Hand von Tatsachen widerlegt haben, so fanden die Unternehmer doch bisher willige Ohren vor dem Schlichter und erreichten darüber mehr, als sie je gehofft hatten. Wir begegneten mokantem Lächeln (so quasi: was versteht denn ihr davon), wenn wir darauf hinwiesen, daß das Ausland jedem deutschen Dumping mit Gegenmaßnahmen antworten würde. Wir wissen in der Zwischenzeit, wie prompt das alles eingetreten ist. Wo sind denn nun die Auslandsaufträge und wo ist denn die vergrößerte Auftragsdecke, von der in den vergangenen zwei Jahren so viel gefaselt wurde? Wir wissen nur eins: die Zahl der Arbeitslosen ist ständig gestiegen und die der Kurzarbeiter hat nicht abgenommen. Die Unternehmer werden auf unsere Fragen die Antwort schuldig bleiben müssen. Allerdings um Rendensarten sind sie nie verlegen. Würde mit dem Lohnabbau in Deutschland das erreicht worden sein, was die Unternehmer behaupten, so müßte die deutsche Handelsbilanz sich günstiger gestaltet haben. Wie sie in Wirklichkeit aussieht, ergibt nachstehende Übersicht:

### Die deutsche Handelsbilanz



Ein- und Ausfuhr sind gewaltig zurückgegangen und der Ausfuhrüberschuß ist von der Höchstziffer im Oktober 1931 von 396 Mill. auf 84 Mill. im Oktober 1932 gesunken. Und die Arbeitslosigkeit stieg! Nach der Statistik der deutschen Krankenkassen waren regelrecht beschäftigt:

- September 1929 18,4 Millionen Arbeitnehmer,
- September 1930 16,5 Millionen Arbeitnehmer,
- September 1931 14,4 Millionen Arbeitnehmer,
- September 1932 12,8 Millionen Arbeitnehmer.

Es wäre natürlich falsch, den ungeheuren Rückgang des Außenhandels allein auf den Lohnabbau zurückzuführen. Wir wissen, wie eine maßlos dumme Handels- und Zollpolitik, getragen von dem lächerlichen Gedanken der Autarkie, hier verwestend gewirkt hat, wie ein Staat versuchte, dem andern den Rang abzulaufen und wie in letzter Linie dadurch die Situation sich nur verschlimmerte. Die Unternehmer wissen auch sehr genau, daß besonders die Ausfuhr leidet, weil die Devisen in den Ländern den einführenden Bestellern nur in beschränktem Maße zugeteilt werden, wobei gerade unsere Industrie besonders schlecht abschneidet, weil ihre Produkte nicht zu den lebensnotwendigen rechnen. Es ist so gekommen, wie von vornherein ganz klar zu erkennen war, und so führt auch die neue alte Begründung der Unternehmer, wenn sie Erfolg hätte, weder unser

Gewerbe, noch die gesamte deutsche Wirtschaft aus diesem Zirkel heraus.

Wie es mit dem Binnenmarkt gegangen ist, so auch mit dem Außenmarkt. Die Löhnerabsetzungen konnten nicht die Vergrößerung der Auftragsdecke bringen, weil die Preise der Massenbedarfsartikel nicht im entsprechenden Maße zurückgegangen sind. Die Jagd nach dem Kunden setzte in schärferen und schärfstem Maße ein, der Aufkauf von Betrieben durch Industriekonzerne zum Zwecke der Stilllegung wurde fortgesetzt, so daß heute besonders in den Gebieten der Veredelungsindustrie wahre Industriefriedhöfe zu finden sind. Und in unserem Gewerbe wurde die Preisschleuderei auf ihren Gipfelpunkt getrieben, ohne daß davon die Masse der Konsumenten auch nur den geringsten Vorteil hatte. Wenn die Unternehmer sie bestreiten, so tun sie das wider besseres Wissen. Die Vorwürfe darüber in ihren eigenen Reihen hören doch nicht auf und ich brauche nur meine Mappe zu öffnen, um dort fortfahren zu können, wo ich früher einmal an dieser Stelle aufgehört habe. Nur ein paar Beispiele aus allerjüngster Zeit, sie sind noch warm wie frische Semmeln. Ein Etikett war von einer Firma für 1,60 Mark pro Mill. angeboten, eine andere war bereit, es für 1,20 Mark, also 25 Proz. billiger zu liefern und eine dritte, die dann den Auftrag bekam, machte es noch billiger. Jüngst sagte ein Unternehmer zu mir am Telefon: Ich verstehe es nicht mehr, trotzdem ich nun durch Umstellungen in der Lage bin, billiger zu produzieren wie früher, werde ich noch bis zu 30 Proz. unterboten. Ein anderer Fall, der schon einige Monate zurückliegt, ist noch wesentlich schlimmer. Eine Firma kalkuliert ein Plakat, 2 Teile à 60/90 5 Farben bei 1600 Stück, das Stück zu 1,05 RM. Von einer anderen Firma wird das Stück unter sonst gleichen Bedingungen für 45 Pfennig geliefert und sie ist noch damit einverstanden, einen Teil der Bezahlung in Anzügen abgeben zu lassen. Die Unternehmer haben auch wieder einmal auf die Konkurrenz hingewiesen und gemeint, wenn die Gehilfen keine Einsicht haben, so würden sich diese noch vermehren. Eigentlich ist das Eingeständnis köstlich. Trotz bisherigem Lohnabbau immer noch Konkurrenz und wir sagen, auch bei weiterem Lohnabbau immer noch Konkurrenz. Und zwar kein einziger mehr, wenn wir bei dem jetzigen Lohn bleiben. Man komme uns doch nicht dauernd mit diesen Märgen. Als ob Konkurrenz nicht die Folge der kapitalistischen Wirtschaft, des gegenseitigen Niederkonkurrierens und der gegenseitigen Preisunterbietungen mit wären. Wenn man erst Gelegenheit hat, den Ursachen von Zusammenbrüchen auf die Spur zu kommen, so bekommt man ein merkwürdiges Bild von kapitalistischer „Wirtschaftsführung“. Wir brauchen an dieser Stelle doch nur zu erinnern an die Vorgänge in Deutschland (und nicht nur in Deutschland) in den letzten Jahren. Auch hierzu aus unserer Mappe nur einen Fall, der aber in weitem Ausmaß das Spiegelbild von vielen anderen Fällen ist. Eine unserer größten deutschen Firmen war kürzlich gezwungen, die Zahlungen einzustellen. Sie hatte bei Vollbeschäftigung eine Belegschaft von mindestens 1200 und heute eine solche von knapp 600. Es ist verhältnismäßig leicht, die Belegschaftszahl den zurückgehenden Auftragsbeständen anzupassen. Im schlimmsten Fall tritt bei größeren Entlassungen eine Sperrfrist von 4 Wochen ein. Allerdings seit zwei Jahren sind die Behörden nur zu leicht gewillt, auch noch diesen „Schutz“ abzubauen durch Abkürzung der Sperrfrist. Schon nicht so leicht oder fast unmöglich ist in der Regel der Abbau der Spitzenleitungen. Sie sitzen fest wie angeklebt und keiner will weichen. Es hat in dem vorliegenden Fall heftige Auseinandersetzungen bedurft, bis endlich einer ging. Auf keinen Fall aber geschah das im Verhältnis zum Abbau der Belegschaft, und so mußte die verringerte Belegschaft, die häufig noch kurz arbeitete, den im Verhältnis wesentlich teureren Spitzenapparat mit durchhalten. Dazu kommt noch etwas viel Wichtigeres. Amortisation und Verzinsung des Anlagekapitals für den Gesamtbetrieb, ebenso die Miete bzw. Hypothekenzinsen laufen unvermindert weiter. Angepaßt einer vollen Beschäftigung des Betriebes ist es natürlich auf die Dauer unmöglich, aus der halben Beschäftigung die Mittel herauszuwirtschaften. Das ist eine der wesentlichsten Ursachen, weshalb die Wirtschaft nicht flott wird. Sie ist ungeheuer überlastet mit einem stillgelegten Produktionsapparat. Die Firma, von der ich hier sprach, klagte zwar auch über Preisdruck, aber sie gehörte selbst nicht zu denen, über die wieder von anderen Unternehmungen geklagt wurde. So wurde hier der Zusammenbruch zum erheblichen Teil auf Preisunterbietungen zurückgeführt.

Eines sei hier aber noch besonders hervorgehoben. In drei bedeutsamen Zusammenbrüchen der letzten Zeit, die mir bekannt sind, ist von selten der Banken, die sich über die Gründe sehr deutlich aussprachen, nicht in einem einzigen Satz und nicht mit einem einzigen Wort die Behauptung aufgestellt worden, daß zu den Ursachen die Löhne zu rechnen wären. Und es wird niemand bestreiten wollen, daß die Banken etwa aus Scheu vor den Arbeitern und Angestellten das verschweigen würden. Die Unternehmer können sich dieses Argument zu Hause in den Glasschrank stellen.

### Unfall- und Gesundheitsschutz beim Freiwilligen Arbeitsdienst

Für den Freiwilligen Arbeitsdienst gelten sowohl die reichsgesetzlichen Vorschriften über die gewerbliche Unfallversicherung als auch die Vorschriften über Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Gefahrenschutz und über Arbeitsbeschränkungen für Frauen und Jugendliche, die bei einer gleichartigen Beschäftigung im Arbeitsverhältnis Anwendung finden würden.

Für die Überwachung der Durchführung der behördlichen Arbeitsschutzbestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften sind die Gewerbeaufsichtsbeamten und die Technischen Aufsichtsbeamten der Tiefbau-Berufsgenossenschaft zuständig, allerdings nicht in allen Fällen. Die Kontrolle der Gewerbeaufsicht erstreckt sich nicht auf im FAD. ausgeführte Bodenverbesserungsarbeiten und Arbeiten zur Herrichtung von Siedlungs- und Kleingartenland. Diese Arbeiten gelten nach § 23 der Ausführungsvorschriften vom 2. August 1932 zur Verordnung über den FAD. vom 16. Juni 1932 als landwirtschaftliche Arbeiten. Die Überwachung der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften durch die technischen Aufsichtsbeamten der Tiefbau-Berufsgenossenschaft erstreckt sich nur auf Arbeiten, die bei der Zweiganstalt dieser BG. versichert sind. Wo jedoch Reich, Länder und Versicherungsverbände sowie solche Gemeinden und Gemeindeverbände, die zu Versicherungsträgern erklärt sind, Träger der Arbeit sind, kommt für den Unfallversicherungsschutz des FAD. die behördliche Eigenunfallversicherung (Ausführungsbehörde) in Frage. Die Ausführungsbehörden besitzen aber keine technischen Aufsichtsbeamten, um die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen. Daher fehlt dort eine Kontrolle über die Durchführung der Unfallverhütung. Die der Zweiganstalt der Tiefbau-Berufsgenossenschaft unterstehenden Arbeiten des FAD. entbehren zwar nicht ganz dieser Kontrolle, sie ist aber ebenfalls ungenügend.

Eine stärkere Einschaltung der Beamten der Gewerbeaufsicht ist notwendig, da insbesondere bei geschlossenen Lagern eine Kontrolle über den Zustand der Arbeiterfürsorgeeinrichtungen (Unterkünfte usw.) dringlich ist. Diese Kontrolle liegt außerhalb des Aufgabengebietes der Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften.

In der letzten Zeit sind auch bereits einige schwere Unfälle bei Arbeiten des FAD. eingetreten. Dabei sind drei Personen getötet und eine schwer verletzt worden.

Die Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst werden in den meisten Fällen von Jugendlichen ausgeführt, die mit diesen Arbeiten nicht genügend vertraut sind und die damit verbundenen Gefahren unterschätzen. Auch die Leiter der Arbeiten verfügen nicht immer über die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen, die für die Abwehr von Unfall- und Gesundheitsgefahren unbedingt notwendig sind. Vielfach mangelt es dann noch an dem notwendigen Material für die Schaffung der Schutzmaßnahmen, wie Bohlen, Steifen u. dgl. Aus diesen besonderen Verhältnissen des FAD. ergeben sich erhöhte Unfall- und Gesundheitsgefahren für die dort Beschäftigten. Falls nicht besondere Vorbeugungsmaßnahmen getroffen werden, ist zu befürchten, daß bei diesen Arbeiten im Verhältnis mehr Unfälle eintreten, als bei Ausführung ähnlicher Arbeiten im ordentlichen Arbeitsverhältnis. Um die in der gegenwärtigen Regelung liegenden Nachteile für die Sicherheit der im FAD. Tätigen zu beseitigen, hat der Vorstand des ADGB. dem Reichsarbeitsminister folgende Vorschläge unterbreitet:

daß eine schärfere Überwachung der Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst durch die Unfallversicherungsträger erfolgt. Soweit Ausführungsbehörden in Frage kommen, könnte der Abschluß eines Abkommens mit den Baugewerks-Berufsgenossenschaften erwogen werden, die im FAD. ausgeführten Arbeiten durch die technischen Aufsichtsbeamten dieser Berufsgenossenschaften mitkontrollieren zu lassen;

daß die Regierungen der Länder die Gewerbeaufsichtsbeamten anweisen, sich in stärkerem Maße für die Durchführung der Arbeitsschutzvorschriften beim Freiwilligen Arbeitsdienst, insbesondere schon bei der Einrichtung von geschlossenen Lagern, einzusetzen;

daß der zweite Satz des § 23 der Ausführungsvorschriften vom 2. August 1932 abgeändert wird, damit auch für diese — landwirtschaftliche — Arbeiten eine Überwachung durch die Gewerbeaufsichtsbeamten möglich ist;

zu erwägen, ob nicht auch die Baupolizeibeamten der Gemeinden und Gemeindeverbände neben den Gewerbeaufsichtsbeamten und technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften für die Überwachung der Durchführung des Arbeitsschutzes im FAD. herangezogen werden können.

Wir hoffen, daß der Reichsarbeitsminister diesen Vorschlägen bald nachkommt. Den im Freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten Personen ist nicht mit der Unterstellung unter die Unfallversicherung und unter die sonstigen Arbeitsschutzbestimmungen allein gedient, sondern vor allem damit, daß sie weitestgehend vor Unfällen und gesundheitlichen Schädigungen anderer Art geschützt werden.



# 25 Jahre im Dienste der Organisation

Die Zahl der Kollegen, die 25 Jahre und mehr in Treue zu unserer Organisation stehen, wird von Jahr zu Jahr größer. Wirklich eine stattliche Anzahl Kollegen können mit Stolz von sich sagen, der Kollegengemeinschaft mit einer Treue gedient zu haben, die selbstständig ist. Allen diesen Kollegen gilt unser besonderer Gruß. Sind sie es doch zumeist, die die schwere Last des Auf- und Ausbaues unseres Verbandes getragen haben, der durch die Opferbereitschaft und die Hingabe der Kollegen zu machtvollerem Schirm und Schutz der Kollegeninteressen heranwachsen konnte. Mag es auch unserer jungen Generation schwer fallen, durch rechte Erkenntnis vergangener Zeiten die historische Leistung der Aufbauer der freien Gewerkschaften ganz zu begreifen: Dem Verdienst gilt doch die Krone und der besonderen Leistung die Würdigung.

In ehrlichem Streben, die wirtschaftlichen Interessen der Kollegen durch die Kraft unserer Organisation zur Anerkennung zu bringen, konnte Kollege Paul Leinen, unser Kassierer des Verbandes seit dem Verbandstag in Nürnberg 1922, am 2. Januar auf 25 Jahre besoldeten Dienst im Interesse der Kollegenschaft zurückblicken. Was es heißt, 25 Jahre im besoldeten Dienst einer historisch so bedeutenden Bewegung wie der Gewerkschaftsbewegung zu stehen, ist nicht jedem ganz gegenwärtig. Und reden wir und nichtis vor: die Gegenwart gibt für die Vergangenheit wenig! Aber auch diese Denkringung vermag nicht über die Tatsache hinwegzuführen, daß die Gegenwart nur aus den Erfahrungen der Vergangenheit die Kraft und die Mittel für die Befähigung der Zukunft gewinnen kann. Deshalb gilt der besonderen Leistung unsere besondere Ehrung durch die Bewegung, die sich damit über sich selbst als Bewegung der Vergangenheit, der Gegenwart und Zukunft hinaushebt.



Unser Jubilar Paul Leinen wurde am 26. April 1873 in Dresden geboren; er vollendet also bald das 60. Lebensjahr. Eine ganz ansehnliche Geschwisterzahl begleitete ihn durch die Kinderjahre. Dann ging in die Steinbruderlehre, wo ihm eine zünftige Ausbildung zuteil wurde. 20 Jahre alt, geriet dann Kollege Leinen durch Erwerb der Verbandsmitgliedschaft in die Gewerkschaftsbewegung, die ihn mit allen Fasern packte, und der er jetzt 40 Jahre dient. Da es in der jungen Verbandsbewegung überall an brauchbaren Kräften für die Kleinarbeit fehlte, stand Kollege Leinen bald mittendrin. 1897 wurde dann Kollege Leinen in die sogenannte Agitationkommission für Dresden berufen. Die Agitationkommission war der örtliche Vorstand, der sich aber infolge Geltung des klassischen sächsischen Vereinsgesetzes nicht so nennen durfte. Welche Wertschätzung Kollege Leinen durch seine Dresdener Kollegen erfährt, ist daran erkenntlich, daß sie ihn bis zu seiner Berufung in den Verbandsrat von 1898 zu jedem Verbandstage als Delegierten entsandten. Die Delegierten wiederum wählten ihn wiederholt zum Vorsitzenden des Verbandstages, so in Halle 1901, zu den beiden Verschmelzungs-Generalversammlungen in Berlin 1905 und in Stuttgart 1913. Die Last der Leitung eines Verbandstages sei nur angedeutet.

Wie schwer es gewesen ist, zum heutigen Aufbau unserer Organisation zu kommen, mögen die jungen Kollegen daran erkennen, daß erst auf dem Verbandstag in Frankfurt a. M. 1898 abschließend zur Bildung von Gauen Stellung genommen werden konnte. Mit dem Aufbau des Dresdener Gaus wurde Kollege Leinen betraut. Es war ihm da eine schwierige Aufgabe

gestellt worden. Denn auch hier zeigte der Kampf um die Einheitsorganisation seine Ausstrahlungen. Genesfelder-Bund und Organisation nebeneinander ergab trotz späterer Gebietsabgrenzung doch keine Einheit. Kollege Leinen, der seit Juli 1898 auch Mitglied des Genesfelder-Bundes war, kämpfte an erster Stelle mit für die Einheit, die er dann als Vorsitzender der Verschmelzungs-generalversammlungen in Berlin 1905 sehr fördern konnte.

Aber das Streben nach der Einheitsorganisation war mehr Auswirkung. Der Verbandstag in Halle 1901 hatte sich für den Abschluß von Tarifen entschieden und anschließend setzte die Tarifbewegung ein. Die Unternehmer setzten dieser Bewegung den hartnäckigsten Widerstand entgegen. Es kam zur Tarifkonferenz 1905, an der Kollege Leinen hervorragenden Anteil hatte, die zu den Tarifverhandlungen in Leipzig 1905 führte, deren Scheitern die Ursache zu dem großen Tarifkampf im Sommer 1906 war. Die Unternehmer wollten, wie sie selbst sagten, Herr im eigenen Hause bleiben und lehnten deshalb den Tarif ab. Wer 1906 und 1911/12 als aktiver Kämpfer mit durchgefochten hat, vermag richtig zu ermessen, welche Erfolgstreue der Verband inzwischen durchzuführen hat. Konnte durch Querverbindungen einzelner die 1905 in Berlin beschlossene Verschmelzung von Verband und Genesfelder-Bund auch erst nach dem außerordentlichen Verbandstag in München 1907 wirksam werden, aufzuhalten war der Wille der Kollegen zur Einheitsorganisation nicht. Der

große Kampf 1906 hatte ja auch den Kollegen zur Genüge eingebläut, daß sie nur einig und geschlossen eine große Macht sind. Anders ist es auch heute nicht! Die Reihen der Kollegen härteten sich und die bisher auch in Dresden ehrenamtlich geleistete Verwaltungsbearbeitung zeigte nicht aus, die Geschäfte zu erledigen. Getrieben durch das Verlangen der Kollegen, mußte der Verband auf dem Verbandstag in Hannover 1907 der Anstellung eines Gauleiters für den Gau Dresden zustimmen. Die Wahl erklärte den Kollegen Leinen als den Verbandsangestellten, der, wie schon betont, bis zu seiner Wahl als Kassierer des Verbandes auf seinem Posten blieb. Was dann bis 1914 geschah, ist schon des öfteren geschildert worden. Auch Dresden wurde mit in den großen Kampf 1911/12 hineingerissen, der, ohne besondere Erfolge zu bringen, tiefe Opfer forderte. Stets stand Kollege Leinen im Vordertreffen.

Wer so, wie Kollege Leinen, seine Kräfte für die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Kollegen sät, weil das eine auf Egoismus aufgebaute Wirtschaftsordnung erfordert, der wird zwangsläufig Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus und ergreift Partei. Als politischer Parteimann hat Kollege Leinen ebenfalls seine Pflicht erfüllt, was die lange Liste der ihm übertragenen Ehrenämter zur Genüge ausweist. War er doch auch von 1917 bis zu seiner Übersiedlung nach Berlin Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion der Dresdener Stadtverordneten.

Mit diesen Zeilen soll nur angedeutet sein, was Kollege Leinen bisher für die Kollegenschaft geleistet hat. Noch steht er rüstig und mit ganzer Schaffenskraft unter uns. So möge es noch manches Jahr bleiben! Das ist der Wunsch, den die Kollegenschaft zum Jubiläumstage des Kollegen Leinen hegt. Sie gibt sich der guten Hoffnung hin, daß sich der Wunsch des Jubilars mit dem ihren begegnet und entbietet dem Jubilar die herzlichsten Grüße unter dem Motto:

Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern!

## Bekanntmachung

Auf Antrag der Mitgliedschaft Hannover wurde der Invalide, ehem. Lithograph, Hugo Kindler, Buch Nr. 6567, gemäß § 6 Abs. 2a der Satzungen aus dem Verbandsverhältnis ausgeschlossen.  
Der Vorstandsvorsitzende.

Vor Annahme einer Stellung ist stets Erkundigung einzuholen!

## Ehrevoller Auftrag für Paul Renner

In der Internationalen Ausstellung für moderne dekorative Kunst, die früher im Schloß von Monza bei Mailand stattfand, und die vom nächsten Jahre ab alle drei Jahre als „Triennale“ in einem neubauten Ausstellungsgebäude in Mailand fortgeführt werden soll, wird das Deutsche Reich offiziell durch eine graphische Sonderschau vertreten sein. Die praktische Durchführung dieser Ausstellung ist dem Deutschen Werkbund anvertraut, der seinerseits damit sein Mitglied, den Direktor der Meisterschule für Deutschlands Buchdrucker in München, Oberstudiendirektor Paul Renner, beauftragt hat.

## Das Inhaltsverzeichnis der „Graphischen Presse“

Jahrgang 45 (1932) wird aus Sparsamkeitsgründen wiederum nur an die Kollegen kostenlos ausgehändigt, die ein besonderes Interesse dafür bekunden. Wer solches Inhaltsverzeichnis haben will, melde das bis spätestens 28. Januar 1933 an Conrad Müller, Scheudnitz bei Leipzig, Augustastraße 8. Postkarte genügt! Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden, weil dann die Auflage ausgedruckt ist und die Auflage nicht höher bemessen wird, als Ansprüche geltend gemacht werden.

### Unfallverhütungskalender 1933

Unter der Fülle der jährlich erscheinenden Kalender verdient der Unfallverhütungskalender besondere Beachtung; er will den Leser nicht nur unterhalten, will ihm nicht nur allgemein Wissenswertes bringen oder ihn auf einem Spezialgebiete weiterbilden, sondern er will dazu beitragen, ihm Leben und seine Gesundheit zu erhalten. Diesen Zweck dürfte auch der nunmehr beim Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften im siebenten Jahr erscheinende neue Unfallverhütungskalender wieder erfüllen. Schon die gefällige Aufmachung muß den Leser fesseln und auf den Inhalt neugierig machen, und er wird beim Studium des Kalenders nicht enttäuscht werden, enthält er doch u. a. eine gedrängte und leicht verständliche Zusammenfassung über das Wesen und den Aufbau der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung, die besonders für den Arbeiter bestimmt ist, ihm einen Einblick in die Leistungen der Berufsgenossenschaften gewährt und ihm seine eigenen Pflichten vor Augen führt. War der Kalender ursprünglich in der Hauptsache für den gewerblichen Arbeiter bestimmt, für dessen Schutz ja die Berufsgenossenschaften in erster Linie zu sorgen haben, so hat er in den letzten Jahren auch in der weiteren Öffentlichkeit größeres Interesse gefunden, weil auch der Verkehr als Quelle einer großen Zahl schwerer Unfälle und die darauf eingestellte Erziehung der Jugend zur Vorsicht und Umsicht eingehend in ihm behandelt werden. Außerdem erwecken zeitgemäße Aufsätze über Gas- und Luftschutz allgemeines Interesse. Zahlen aus der Unfallversicherung und vieles andere mehr werden jeden Leser die Bedeutung der Unfallverhütung erkennen lassen. Als Neuerung sei eine Briefkastenecke der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. erwähnt. Ein Preisausschreiben und die zahlreichen Unfallverhütungsbilder, mit denen der Kalender wieder ausgestattet ist, regen zur eingehenden Beschäftigung mit der Unfallverhütung an. Allerlei Wissenswertes über Technik und Verkehr, der Posttarif und Raum für persönliche Vermerke bilden den Abschluß.

Aus vielen Zuschriften geht hervor, daß der Kalender hoch geschätzt wird und den Leser anregt, sich zu seinem eigenen Wohle und zu dem seiner Mitmenschen mit der Unfallverhütung zu beschäftigen. Möge daher auch der neue Kalender möglichst große Verbreitung finden und dazu beitragen, Unfälle bei der Arbeit und im täglichen Leben zu verhüten.

Der Kalender ist von der Unfallverhütungsbild G. m. b. H., Berlin W 9, zum Preise von 14 Pf. pro Stück zu beziehen, bei größeren Bestellungen Preisermäßigung. Er ist 64 Seiten stark und enthält außer den oben erwähnten Aufsätzen usw. ein Kalendarium und zahlreiche Bilder über Unfallverhütung.

### Werbung: Das Gebot der Stunde

Der Deutsche Reklame-Verband erläßt zum 1. Januar 1933 folgenden Aufruf:

Über jahrelangem, unablässigem Niedergang der Wirtschaft kündigen sich erste Anzeichen, die zur berechtigten Hoffnung Anlaß geben, die Krise weiche neuer Arbeits- und Geschäftsbelegung! Gewiß wäre es verkehrt, darüber in hellen Jubel auszubrechen. Zerfall und Not nagten zu fürchtbar, zu unerträglich am deutschen Volk, als daß der Wandel zur Gesundung von heute auf morgen sich durchsetzen könnte.

Diese Erkenntnis sich vor Augen halten kann und darf aber nicht bedeuten, daß wir uns weiterhin Verdrossenheit und Zweifelsucht überlassen, von denen wir allzu lange beherrscht wurden. Nein, mehr denn je gilt jetzt die Parole: Weg mit Unentschlossenheit und Kleinmut! Weg insbesondere auch mit allem Getuschel und Geräuere vom angeblichen Verdammnis der deutschen Wirtschaft zum Untergang!

Entscheidende Aufgaben hat in diesem Augenblick die Reklame zu erfüllen. Reklame half in den trübsten Zeiten, daß die Räder nicht völlig zum Stillstand kamen. Reklame muß und wird jetzt erst recht ihre Fähigkeiten erproben. Erfolg allerdings — wie mit allem Nachdruck betont sei — zeitigt nur zweckvoll durchdachte und gestaltete Reklame. Dafür aber enttäuscht sie auch niemand, der sich ihrer sach- und fachgemäß bedient.

Wer Möglichkeiten, Reklame zu treiben, heute nicht ausnutzt, der schädigt sich selbst. Wer aber

wirbt, wer mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln neu die Aufmerksamkeit auf sein Können, seine Absichten, seine Erzeugnisse und Waren lenkt, der hilft zugleich mit am großen Werk der endlichen Überwindung der Krise, das jetzt mehr Hingabe, mehr Eifer, mehr Ausdauer, mehr Kräfteinsatz beanspruchen darf als alle anderen Pläne. Darum sei allen zugerufen, die sich von den Ergebnissen der Ankurbelung, von den neuen Anfängen im Erwerbsleben nicht ausgeschlossen sehen möchten: Werben! Werben! Und noch einmal: Werben!

Das Jahr 1933 muß die lang ersehnte Wende zum Bessern bringen! In diesem Glauben mögen alle werblichen Kräfte das Ihre zum Gelingen des neuen Aufbaues beitragen!

### Es ist wirtschaftsfeindlich, daß...

Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer hielt kürzlich in Paris eine Tagung ab. Bei dieser Gelegenheit hielt der Präsident derselben, Abraham Frowein, eine Rede, in welcher er bestimmte Punkte herausstellte. Nach den Erfahrungen der Internationalen Handelskammer sei es wirtschaftsfeindlich, 1. daß alljährlich in allen Ländern der Welt Milliarden für Rüstungen ausgegeben werden; 2. daß die wirtschaftliche Betätigung durch eine hohe Steuerlast gelähmt wird; 3. daß man die Übertragung riesiger Schuldenbeiträge von einem Land zum andern verlangt, deren Entstehung nicht auf ökonomischen Vorgängen beruht; 4. daß die Gläubigerstaaten es ablehnen, die einzig wirkliche internationale Münze, nämlich Ware, anzunehmen; 5. daß die Schuldnerstaaten zur Bezahlung ihrer Zinsen und zur Amortisierung ihrer Schulden andere Möglichkeiten haben, als von neuem von ihren Gläubigern zu borgen und damit das Kreditgebäude selbst zu erschüttern; 6. den freien Austausch von Personen, Dienstleistungen, Waren oder Kapital zu hemmen; denn diese Freiheit allein kann das Gleichgewicht wieder herstellen.

Diese Punkte sind unbestreitbare Feststellungen über die politischen Fesseln einer freien Weltwirtschaft. Es ist in der Tat ein Unding, eine Gesundung der Weltwirtschaft anzubahnen, ohne der unsinnigen Wirtschaftspolitik betreffend der Zölle, Kontingentierungen usw. Einhalt zu gebieten. Kreise, die der IHK nahestehen, sind an dieser Entwicklung nicht ganz unschuldig.

### Das Arbeitslosenproblem, die Achillesferse des Kapitalismus

30 Millionen Arbeitslose in der Welt! Gerade an der Jahreswende lenkt sich der Blick auf die Frage, ob jemals der Zeitpunkt kommen wird, wo die nicht beschäftigten Hand- und Kopfarbeiter für die Volkswirtschaft wieder voll verwandt werden können. Das Schicksal der Millionen Arbeitslosen ist das brennendste Problem der Zukunft. Man beschäftigt sich damit u. E. viel zu wenig. In den Vereinigten Staaten studiert eine Gruppe von Ingenieuren schon seit Jahren die Auswirkungen der technologischen Arbeitslosigkeit. Nach einem Bericht der Frankfurter Zeitung hat diese im Department of Industrial Engineering der Columbia University Untersuchungen über die Arbeitslosigkeit in der Zukunft angestellt. Die Ingenieure glauben, daß die technologische Arbeitslosigkeit in der Zukunft anhält. Von den gegenwärtig Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten würde selbst nach Rückkehr auf den Stand des Konsums von 1929 die Hälfte arbeitslos bleiben. „Sie sind zu dem Ergebnis gekommen, auf Grund des heutigen Standes der Technik bedürfe es nur einer Arbeitsleistung des Individuums zwischen 25 und 45 Jahren von 660 Arbeitsstunden im Jahre, um das ganze amerikanische Volk auf einen Lebensstandard zu heben, der zehnmal so hoch wäre, als der des Prosperitätjahres 1929. Für 1934 rechnen sie mit einer Arbeitslosenziffer von 25 Millionen. Hiergegen helfe auch die Aufteilung der Arbeit wenig, wie man sie jetzt neuerdings in Regierungskreisen befürwortet. Schließlich müsse die immer drastischer werdende technologische Arbeitslosigkeit zum Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung führen und einer planwirtschaftlichen Arbeitsaufteilung bei stark reduzierten Arbeitszeiten Platz machen.“

Der Berichtersteller der Frankfurter Zeitung weist auf die beachtenswerten Tatsache hin, daß die Zukunft des Kapitalismus selbst in den Vereinigten Staaten, bisher doch die Hochburg der

hundertprozentigen Individualisten, hier und da schon kritisch beurteilt wird. Die energischen Forderungen des amerikanischen Gewerkschaftsbundes nach der Fünftagewoche und dem sechsständigen Arbeitstag sei dafür ebenfalls sehr bezeichnend. Der Kapitalismus wird zweifellos in allen Ländern an der Frage scheitern, ob er den Millionen Menschen, die auf Arbeit warten, Beschäftigung zu geben vermag. Wenn infolge der Untersuchungen des amerikanischen Ingenieurkomitees die Arbeitskräfte von 25 bis 45 Jahren bei einer Jahresarbeitszeit von 660 Stunden (etwa 13 Stunden je Woche) einen Lebensstandard zu garantieren vermögen, zehnmal so hoch wie der in den Konjunkturfahren, so ist die planwirtschaftliche Arbeitsaufteilung auf drei Tage je Woche das dringendste Erfordernis: Große Revolutionen stehen bevor. Die Gewerkschaften werden bei dieser Neuordnung der Dinge die größte Rolle spielen. Mögen dies die Arbeiter beachten.

### Ist die Arbeiterschaft dumm?

Nach der Ansicht der Nazis ist das Volk dumm. Stadtschulrat Dr. Hartnacke, dieser herrliche „nationale“ Mensch, hat es wiederholt mit großer Befriedigung festgestellt, und vernügte berichtete es der völkische Beobachter, das Hauptnaziblatt in München.

Eine große Rolle spielen bei Hartnacke immer die Sitzengebliebenen. Die sollen nämlich bei der Arbeiterschaft besonders zahlreich sein. Und daher eben diese Dummheit der Arbeiter.

Spähen aber etwa, wenn man die Kinder der Arbeiter mit den Kindern wohlhabender Bürger vergleicht, die sozialen Verhältnisse eine Rolle? Das Einkommen? Die Wohnung? Ach was! So kompliziert macht sich ein Mann wie Hartnacke die Sache nicht.

Aber wenn ernste, wahrhaft wissenschaftliche Menschen, die eben wirklich die Wahrheit wollen, die Sache untersuchen, dann ist das Ergebnis anders.

So haben Vergleiche bewiesen, daß unter 100 Kindern in der Gruppe der Wohlhabenden nur 10 wegen Krankheit und Körperschwäche sitzenbleiben mußten, aber in der Gruppe der Arbeiter 22. „Die ungünstigeren Lebensbedingungen der tieferen sozialen Schichten bewirken zwangsläufig häufigere Erkrankung, im Krankheitsfall längeres Siedum und in der Folge davon häufigere Unterbrechung des Schulbesuchs, Zurückbleiben damit der geistigen Entwicklung.“

Dumm sind damit nicht die Arbeiter. Die sind nur in Not. Dumm sind nur die, die so oberflächlich urteilen.

### Herr sieh dein Volk an!

Die politischen Zustände in Deutschland wurden in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ Nr. 48 treffend folgendermaßen gekennzeichnet:

„Herr des Himmels, sieh dein Volk an, siehe, was es mit seinem Naturrecht, seine nationalen und wirtschaftlichen Geschicke selbst zu gestalten, anfang! So möchte man ausrufen, wenn man den ganzen Jammer des politischen Lebens in Deutschland auf sich wirken läßt. Die sozial schwachen Schichten des Volkes gehen vor die Hunde, es fehlt ihnen der Lebensraum. Sobald sich irgend ein Loch zeigt, durch welches hinauszu kommen wäre aus dem Zustand der Beschäftigungslosigkeit und der Hungersnot, wird es von den Interessentenhäufen gleich wieder verstopft. Und dabei pendeln geistig träge Volksmassen in ihrer Verzweiflung von einem politischen Extrem zum andern. In einem bis zur Ekstase gesteigerten Rausche der Glückseligkeit, laufen sie jedem Rattenfänger nach, der es versteht, aus ihrer Not ein politisches Geschäft zu machen.“

### Inhaltsübersicht

Hauptteil: Sozialismus ist Gegenwartsaufgabe Nichts gelernt und alles vergessen / Unfall- und Gesundheitsschutz beim Freiwilligen Arbeitsdienst.

25 Jahre im Dienste der Organisation / Bekanntmachung / Ehrenvoller Auftrag für Paul Renner Das Inhaltsverzeichnis der „Graphischen Presse“ Unfallverhütungskalender 1933 / Werbung: das Gebot der Stunde / Es ist wirtschaftsfeindlich, daß... / Das Arbeitslosenproblem, die Achillesferse des Kapitalismus / Ist die Arbeiterschaft dumm? / Herr, sieh dein Volk an / Anzeigen.

**Zinkdruckplatten** in Ia Lithographie-Qualität

**Ia Auswaschtinktur** Zinkätzsals D. R. P.

**Entsäuerungspulver, Schleifkugeln**

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck

**KARL MESS G.M.B.H., BERLIN SO 36, Wiener Straße Nr. 50**

Wiener Straße Nr. 50  
Tel. F. 8, Oberbaum 2289.

Viele Kollegen an Stein- und Offsetpressen erleichtern sich die Arbeit durch Verwendung von

**UNGERS „Antitrocken“**

Kein Eintrocknen der Farbe über Nacht, keine Nachteile.

**Paul Unger, Zwickau Sa.** Schließfach Nr. 133. (Früher Offsetstrukturor.)

**Farbenlehre für das Steindruckgewerbe**

Eine berufskundliche Grundlage für Schule und Praxis. Verlag: Verband der Lithographen, Steindruckers und verw. Berufe. Preis 3.00 RM. einschließlich Porto. Durch

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.